

**dlf-Hintergrund**

**Titel: „Häufiger geächtet, öfter vollstreckt: zum weltweiten Stand der Todesstrafe“**

**Redaktion: Bastian Rudde**

**Autor: Norbert Seitz**

**Sendedatum: 28. Juli 2023**

**Sprecher 1:**

Es ist ziemlich genau drei Jahre her, dass der deutsche Staatsangehörige Jamshid Sharmahd verschleppt wurde. In sein Geburtsland Iran. Dort droht dem 68-Jährigen die Hinrichtung. Denn Jamshid Sharmahd ist zum Tode verurteilt worden. Weil er angeblich an einem Bombenanschlag im Iran beteiligt gewesen sein soll. Seine Tochter Gazelle spricht von einem Schauprozess, versucht die Hinrichtung zu verhindern und schilderte vor kurzem in einem Telefoninterview mit dem Deutschlandfunk die Lage ihres Vaters.

**O-1: Gazelle Sharmahd**

„Er ist in kompletter Isolations- und Einzelhaft. Seit über tausend Tagen. Das heißt, er sieht niemanden außer den Menschen, die ihm Böses tun, die Menschen, die ihn verhören, die Menschen, die ihn foltern. Mein Vater hat so viel Gewicht verloren, ihm wurden die Zähne ausgeschlagen. Er hat Parkinson, bekommt seine Medikamente nicht, er hat Atemnot, kann kaum noch richtig gehen und stehen.“

**Sprecher 2:**

Jamshid Sharmahd wurde 2020 vom iranischen Geheimdienst entführt, als er sich auf Durchreise in Dubai befand. Von den USA aus hatte sich der Software-Unternehmer für die Wahrung von Menschenrechten im Iran eingesetzt. Zum Beispiel, indem er eine Internetseite betrieb, auf der sich Oppositionelle vernetzen konnten. Dieses Engagement gilt vielen als der eigentliche Grund dafür, dass Sharmahd im Iran hingerichtet werden soll. Nach Angaben von Amnesty International ist der Iran eines der Länder, in denen es weltweit am meisten staatliche Exekutionen gibt. Mindestens 576 waren es demnach im letzten Jahr. Katja Müller-Fahlbusch, bei Amnesty International Expertin für den Nahen Osten, erläutert die Situation im Iran:

**O-2: Katja Müller-Fahlbusch**

„Insgesamt muss man sagen, wir erleben gerade eine beispiellose Hinrichtungswelle, die es eigentlich im Land seit 1988 nicht mehr gegeben hat. Wir haben dokumentiert, dass die Zahl von Hinrichtungen für Drogendelikte massiv gestiegen ist. Allein in diesem Jahr bis Ende Mai haben wir über 173 Hinrichtungen dokumentiert. Das ist ein enormer Anstieg. Wir haben aber auch dokumentiert, die Hinrichtungen von Protestierenden, das sind mittlerweile mindestens sieben Personen. Ich betone das ‚mindestens‘ immer so, weil wir von einer sehr, sehr großen Dunkelziffer ausgehen müssen.“

**Sprecher 3:**

Im September letzten Jahres löste der Tod von Jina Mahsa Amini Massenproteste gegen das iranische Regime aus. Mutmaßlich war die 22-Jährige von der sogenannten „Sittenpolizei“ tödlich verletzt worden, offenbar wegen eines nicht korrekt sitzenden Kopftuchs. Die Proteste haben die Staatsführung offensichtlich noch repressiver werden lassen. Wie sehr die Todesstrafe Regimen wie dem im Iran als Instrument dient, unterstreicht Ahmad Mansour, der sich als Psychologe und Autor unter anderem mit politischem Islam und religiösem Extremismus beschäftigt.

### **O-3: Ahmad Mansour**

„Todesstrafe ist immer eine Art von Kontrolle haben wollen, Angst schüren wollen, um bestimmte Entwicklungen zu verhindern und zu stoppen. Und wenn man den Iran anschaut, es werden Leute umgebracht, weil sie in der Revolution und gegen diesen autokratischen Staat demonstrieren, auf die Straße gehen und sich organisieren. Und deshalb halte ich das nicht für einen Stärke-Ausdruck, sondern eigentlich Angst um den Machtverlust der Autokraten.“

### **Sprecher 4:**

Als Amnesty International im Mai dieses Jahres seinen neuesten Bericht zur weltweiten Anwendung gerichtlich angeordneter Todesstrafen vorlegte, lautete eines der Ergebnisse: 2022 wurden so viele Menschen hingerichtet wie seit fünf Jahren nicht mehr. Auf den vorderen Plätzen lagen China, der Iran, Saudi-Arabien, Ägypten und die USA. Dennoch ist das Fazit der Organisation nicht durchweg negativ. Julia Duchrow, stellvertretende Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, spricht von einer ambivalenten Lage:

**O-4: Julia Duchrow**

„Die weltweite Ächtung der Todesstrafe nimmt zu. Da wachsen die Staaten, die sie abschaffen, de jure und auch in der Praxis. Aber es gibt im Nahen Osten, Saudi-Arabien, Iran und Ägypten, bei denen der Vollzug der Todesstrafe enorm zugenommen hat. Bei Saudi-Arabien ist es auch sehr bedrohlich. Wir haben 2022 erlebt, dass an einem Tag 81 Personen ermordet wurden, muss man sagen, also getötet wurden, und die Zahlen auch da auf dem höchsten Stand seit dreißig Jahren sind. Und China ist sowieso Spitzenreiter. Da, glauben wir, sind die Hinrichtungen in den Tausenden.“

**Sprecher 5:**

Weil vollstreckte Todestrafen in China und anderen Ländern wie Nordkorea und Vietnam laut Amnesty International in der Regel geheim gehalten werden und kaum nachvollziehbar sind, hat es deren Zahl für ihren Report ausgeklammert. So kommt die Menschenrechtsorganisation für 2022 auf 883 Hinrichtungen in insgesamt zwanzig Ländern. Das sei die höchste Zahl seit 2017 und eine Steigerung um mehr als die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr 2021. Einerseits. Andererseits haben Amnesty zufolge mittlerweile 144 Staaten die Todesstrafe abgeschafft. Mehr als zwei Drittel aller Länder weltweit. Seit letztem Jahr gehören dazu unter anderem auch Kasachstan, Papua-Neuguinea, Sierra Leone und die Zentralafrikanische Republik. In gut 20 weiteren Staaten sind Hinrichtungen zwar theoretisch noch möglich, aber praktisch als Strafmittel nicht mehr vorgesehen. Nahost-Expertin Katja Müller-Fahlbusch von Amnesty International erklärt, wie sich die Situation in Ländern mit Todesstrafe beeinflussen lässt – und nennt noch einmal den Iran.

**O-5: Katja Müller-Fahlbusch**

„Wichtig ist zunächst einmal Öffentlichkeit, internationale Aufmerksamkeit. Was wir gesehen haben, als es die ersten Hinrichtungen von Protestierenden gab, im Dezember letzten Jahres, es gab einen internationalen Aufschrei. Regierungen, Staatsoberhäupter haben sich geäußert haben das verurteilt. Und Zivilgesellschaft natürlich sowieso. Und die Medien haben sich interessiert. Und der internationale Aufschrei hat viel bewirkt. Wir gehen davon aus, dass sozusagen die öffentliche Aufmerksamkeit, das politische Interesse dazu geführt hat, dass es erst mal im Dezember nicht zu dieser Hinrichtungswelle kam, weil die iranische Führung durchaus ein Interesse daran hat, sich die internationale Gemeinschaft nicht völlig zu verprellen. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die kann etwas bewirken, die kann Leben retten. Die iranischen Aktivisten haben uns schon im Herbst gesagt: `Wenn die Welt nicht mehr hinschaut, dann werden die uns alle töten.` Aufmerksamkeit ist der erste Punkt.“

**Sprecher 6:**

Katja Müller-Fahlbuschs Kollegin Julia Duchrow erwähnt konkrete Fälle, in denen drohende Hinrichtungen abgewendet werden konnten.

**O-6: Julia Duchrow**

„Zum Beispiel im letzten Jahr haben wir bei zwei Iranerinnen eine *urgent action* gehabt, bei der wir weltweit sehr viele Briefe usw. an den Iran geschrieben haben und sie sind aus der Todeszelle entlassen worden. Zum Beispiel dieses Jahr ist es uns auch gelungen, einen Zusammenhang erstmals zwischen der Reise der Außenministerin nach Saudi-Arabien und zum Bericht herzustellen, um zu sagen, Todesstrafe ist das, was auch auf die politische Agenda gehört.“

**Sprecher 7:**

Deutlich mehr Fälle, in denen die Todesstrafe vollstreckt wird. Gleichzeitig jedoch eine steigende Zahl von Ländern, die Hinrichtungen verbieten. So lautet die globale Bilanz von Amnesty International. Israel könnte aus dieser Entwicklung ausscheren. Dort hat die in Teilen rechtsextreme Regierung Massenprotesten und viel internationaler Kritik zum Trotz nicht nur die Entmachtung des Obersten Gerichts durchs Parlament gebracht. Sie arbeitet auch daran, die Todesstrafe wiedereinzuführen. Sie war 1954 für die meisten Straftaten und für Friedenszeiten abgeschafft worden. Vollstreckt wurde sie seither nur einmal: Als 1962 der Holocaust-Verbrecher Adolf Eichmann hingerichtet wurde. Jetzt will Israels Regierung die Regeln für die Todesstrafe wieder lockern. Sie hat ein Gesetz vorgeschlagen, auf dessen Grundlage Personen exekutiert werden könnten, die einen israelischen Bürger getötet haben, um Zitat „den Staat Israel und die Wiedergeburt des jüdischen Volkes in seinem Heimatland zu verletzen“. Die Regierung sagt, es gehe ihr um Terroristen. Kritiker sehen ein rassistisches Unterfangen, weil die Todesstrafen-Pläne auf Palästinenser abzielten.

**O-7: Micha Brumlik**

„Es kann nicht sein, dass es gewissermaßen ethnisch spezifizierte Strafen gibt. Dann müssen sie für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen gelten, gleich welcher Religion und ethnischen Herkunft. Was ich besonders interessant fand, war, dass nicht wenige Kräfte ausgerechnet aus der die Regierung Netanjahu tragenden Ultraorthodoxie aus theologisch-religiösen Gründen gegen die Todesstrafe sind.“

**Sprecher 8:**

Meint zum Beispiel der emeritierte Professor Micha Brumlik, der als Autor unter anderem über die Geschichte des Judentums schreibt. Laut Amnesty International ist es nicht der erste Anlauf einer israelischen Regierung, die Todesstrafe wieder einzuführen – aber der „diskriminierende Charakter“ sei neu. In erster Lesung hat der jetzige Gesetzentwurf das israelische Parlament bereits passiert. Es bedürfte noch dreier weiterer Lesungen, also eines längeren Prozesses, um ihn endgültig zu verabschieden. Ob die Todesstrafe ein Land wie Israel aber auch wirklich sicherer machen würde, bezweifelt der deutsche Psychologe und Autor Ahmad Mansour. Er ist in Israel geboren und hat palästinensische Wurzeln.

**O-8: Ahmad Mansour**

„Die meisten Terroristen wollen sterben. Das heißt, sie sterben schon vor Ort, weil sie ganz genau wissen, entweder explodieren sie an den Bomben, die sie tragen, oder sie werden von Polizisten umgebracht, weil sie mit Messern auf Menschen losgehen. Zweitens: Es gibt genug vernünftige Menschen, vor allem Sicherheitsexperten in Israel, die sagen: das ist Blödsinn, das wird kontraproduktiv sein. Diese Menschen werden natürlich ihre Hinrichtung feiern. Die werden das nutzen in einem postfaktischen Zeitalter, um ein Statement in die Welt zu setzen. Das heißt: sicherheitsrelevant funktioniert das nicht. Es funktioniert nur emotional.“

**Sprecher 9:**

Ungeachtet dessen, ob und wie Israels Regierung die Wiedereinführung der Todesstrafe vorantreibt, weist Katja Müller-Fahlbusch von Amnesty International auch auf die Lage im benachbarten Gaza-Streifen hin.

**O-9: Katja Müller-Fahlbusch**

„Das ist vielleicht wichtig, noch hinzu zu sagen, dass die Hamas im letzten Jahr seit vielen Jahren im Gazastreifen fünf Palästinenser hingerichtet hat. Das geht vielleicht manchmal in der Medienberichterstattung etwas unter. Das waren Hinrichtungen, die nach grob unfairen Verfahren erfolgt sind.“

**Sprecher 10:**

Bisher sind die USA und Japan die einzigen beiden demokratischen Länder, in denen die Todesstrafe noch angewandt wird. In den USA haben aber 23 von 50 Bundesstaaten die „capital punishment“ inzwischen abgeschafft. Jürgen Martschukat, Professor für nordamerikanische Geschichte an der Universität Erfurt, schildert die Veränderungen in jüngster Zeit.

**O-10: Jürgen Martschukat**

„Das Verhältnis hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Das ist vielleicht einer der größten Einschnitte in der jüngsten Geschichte der Todesstrafe in den Vereinigten Staaten. Lange waren es nur zwölf Staaten in den USA, die keine Todesstrafe hatten. Und es sah in den 1990er Jahren, um 2000 herum, als wenn es niemals dazu kommen würde, dass irgendeiner der US-Staaten die Todesstrafe abschaffen würde. Dann hat die Kritik zugenommen. Es ist zu Moratorien in einzelnen Staaten gekommen. New Jersey ist im Jahr 2007 der erste Staat, der die Todesstrafe abschafft. Und kürzlich im letzten Jahr hat dann mit Virginia der erste Staat im Süden des sogenannten ‚death belt‘, in dem mit Abstand die meisten Hinrichtungen vollzogen worden sind, die Todesstrafe abgeschafft.“



**Sprecher 11:**

Die Hinrichtungszahlen in den USA sind seit der Jahrtausendwende recht kontinuierlich zurückgegangen. Letztes Jahr waren es laut Amnesty International 18. Ein wichtiger Grund für den Rückgang ist die einst von der Bürgerrechtsbewegung angestoßene Kritik an einer rassistisch diskriminierenden Urteilspraxis, vor allem gegenüber Menschen mit schwarzer Hautfarbe.

**O-11: Jürgen Martschukat**

„Ein weiterer Grund sind die vielen misslungenen Hinrichtungen, wo es eben einfach Probleme mit der technischen Umsetzung der Exekutionsverfahren gibt.“

**Sprecher 12:**

Ebenso gelten Hinrichtungen als kostspieliger denn Gefängnisstrafen. Die Zustimmungsqoten in der US-Bevölkerung zur Hinrichtungen gingen im Laufe der Zeit zurück. Waren Ende der 1980er Jahre laut Umfragen noch bis zu 80 Prozent dafür, so sind es inzwischen noch etwa 50 Prozent. In Deutschland ist die Abschaffung der Todesstrafe im Artikel 102 des Grundgesetzes festgeschrieben. Im Deutschen Herbst 1977 nach der Mordserie der Terrorzelle Rote Armee Fraktion und der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer spielte Generalbundesanwalt Kurt Rebmann kurzzeitig mit dem juristisch höchst problematischen Gedanken einer gesetzlich geregelten Tötungsandrohung für inhaftierte Geiselnnehmer. Der Jurist und Publizist Christian Bommarius betonte vor einigen Jahren, wie sehr die Humanität Konjunkturen unterliege:

**O-12: Christian Bommarius**

„Also der Firnis der Zivilisation ist so dünn. Wir glauben immer, es läge alles weit zurück und berechnen das nach Jahreszahlen. Die Todesstrafe ist `49 abgeschafft worden, und seit damals haben wir uns immer mehr von diesem Punkt entfernt. Wir sind immer liberaler geworden, immer humaner in unserer Auffassung von dem, was den Menschen ausmacht. So ist es nicht. Wir haben immer wieder Auf- und Abwärtsbewegungen.“

**Sprecher 13:**

Dies bestätigt auch Gerhart Baum, Bundesinnenminister während des Deutschen Herbstes. Er sagte 2019:

**O-Ton 13: Gerhart Baum**

„Kann mir eine Situation schon vorstellen, wo der Volkszorn aufgestachelt wird, die Forderung nach der Todesstrafe ein gefundenes Fressen ist für die Populisten, die mit diesem Thema dann Wähler zu gewinnen suchen.“

**Sprecher 14:**

Das war in Ansätzen im Jahr 2018 zu beobachten. Im Bundestag wollte der AfD-Abgeordnete Thomas Seitz eigenmächtig eine Schweigeminute einlegen.

**O-14: Thomas Seitz**

„Die vorgesehene Redezeit widmen wir dem Gedenken an die in Wiesbaden tot aufgefundene Susanna. Sie wurde 14 Jahre alt. Aus der Erde kommt sie. Und zu Erde wird sie werden.“

### **Sprecher 15:**

Die Jugendliche war von einem irakischen Asylbewerber ermordet und vergewaltigt worden. Das nahm der AfD-Abgeordnete Seitz, der heute rechtspolitischer Sprecher der Fraktion ist, zum Anlass, öffentlich über die Todesstrafe nachzudenken – als Abschreckung für irregulär Eingereiste. Artikel 102 des Grundgesetzes, wonach die Todesstrafe abgeschafft ist, dürfe kein Tabu mehr sein. Die damalige Parteiführung der AfD distanzierte sich deutlich. Der in Kassel lehrende Politologe und Rechtsextremismus-Experte Wolfgang Schroeder betont jedoch, welche Bedeutung die sogenannte „harte Hand des Staates“ für Parteien wie die AfD hat.

### **O-15: Wolfgang Schroeder**

„Verbrechensbekämpfung ist ganz zentral aus der Sicht der AfD, weil hier das Gesetz Anwendung finden muss. Und die AfD hat den Eindruck, dass das Gesetz nicht in der Form angewandt wird, wie es notwendig wäre. Das Gesetz ist aus der Sicht der AfD die Garantie dafür, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse funktionieren. Sie können aber nur funktionieren, wenn das Gesetz mit aller Härte angewandt wird.“

### **Sprecher 16:**

Schroeder weitet den Blick auf Europa – und bleibt skeptisch, wenn sich Rechtspopulisten von der Todesstrafe lossagen.

**O-16: Wolfgang Schroeder**

„Jetzt kann man sagen, ist vielleicht taktischer Art, weil innerhalb der europäischen Union eine klare Werteordnung existiert und eine Beteiligung, eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union mit der Todesstrafe nicht möglich ist. Aber das muss ja nicht heißen, dass dies in Zukunft so bleibt. Insofern würde ich die Lippenbekenntnisse rechtspopulistischer Parteien und Politiker gegen die Todesstrafe nicht für das Ende der rechtspopulistischen Programmatik erachten. Sondern man kann sich durchaus vorstellen, dass rechtspopulistische Parteien unter anderen Bedingungen bereit sind, diese Grenze zu überschreiten und dieses Instrument.“

**Sprecher 17:**

Ein Beispiel ist der Front National in Frankreich, dessen frühere Chefin Marine Le Pen nach islamistischen Anschlägen zeitweise ein Referendum über die Todesstrafe forderte. Oder Ungarns Regierungschef Viktor Orban. Nachdem eine junge Frau ermordet worden war, sagte Orban 2015, dass die Wiedereinführung der Todesstrafe kein Tabu sein dürfe. Die Europäische Kommission drohte mit dem Ausschluss Ungarns, Orban ruderte zurück. Auch Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki liebäugelte jüngst mit der Wiedereinführung der Todesstrafe, die das Land im Zuge des EU-Beitritts abgeschafft hatte. Anlass für seine Äußerungen, die er als persönliche Meinung darstellte, war ein brutales Verbrechen an einem kleinen Jungen. Und nach einem Mord an einer Frau erwog vor vier Jahren auch der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan eine Wiedereinführung von Hinrichtungen. Eine Garantie für Zurückhaltung in Sachen Todesstrafe

gebe es nie, sagt Rechtsjournalist Christian Bommarius. Weder in Autokratien, noch in Demokratien.

**O-17: Christian Bommarius**

„Demokratien sind eigentlich immer gefährdet. Sie sind nie im ganz sicheren Bereich. In den USA haben wir das ja jetzt gesehen in den letzten Jahren. Man muss immer aufpassen. Und wenn es um so eine Frage geht wie die Todesstrafe - erst recht.“

**Sprecher 18:**

Nichts sei auf immer und ewig, meint Bommarius. Auch Demokratien könnten bröckeln, Freiheiten in Gefahr geraten, die Todesstrafe wiedereingeführt werden. Dies wäre indes das untrügliche Zeichen für den Niedergang eines Rechtsstaates. Denn:

**O-18: Christian Bommarius**

„Ein Recht, das sagt, ich habe das Recht, Leben auszulöschen, ist im Grunde kein Recht mehr, sondern die reine Brutalität, die reine Gewalt, auch die reine Unterwerfung. In keinem Akt vollzieht sich die staatliche Gewalt derart brutal und auch irreversibel. Wenn der Staat töten darf, dann darf er alles.“

**Sprecher 19:**

In Afghanistan sind die Taliban der Staat. Es gehörte laut Amnesty International zu den insgesamt fünf Ländern weltweit, in denen letztes Jahr der Vollzug der

Todesstrafe durch Hinrichtungen nach einer zwischenzeitlichen Unterbrechung wieder aufgenommen wurde.